



AfD-Fraktion im Kreistag Diepholz
Harald Wiese

Der Fraktionsvorsitzende

Haushalt 2020 und Anträge der Kreistagsfraktionen, Rede vom 02.12.2019

Sehr geehrter Frau Vorsitzende Meyer, sehr geehrter Herr Landrat Bockhop,
sehr geehrte Damen und Herren,

Krankenhäuser

*Ein Experte ist ein Mann, der hinterher genau sagen kann, warum seine
Prognose nicht gestimmt hat. (Winston Churchill)*

In diesem Sinne kann ich mich nicht als Experten bezeichnen. Anlässlich der
Landratswahl vom Mai 2019 habe ich gegenüber dem Syker Kurier formuliert:

*[Die Rückkehr der Krankenhäuser in die kommunale Hand geht mit einer
gesteigerten Verantwortung einher. Der Landkreis hat eine qualitativ
hochwertige medizinische Versorgung sicherzustellen. Zufriedene
Mitarbeiter sorgen für zufriedene Patienten].*

*Wir dürfen uns aber nichts vormachen: Über die Hälfte der
niedersächsischen Krankenhäuser sollen nach aktuellen Studien in ihrer
Existenz bedroht sein. Die Rahmenbedingungen werden in anderen
politischen Ebenen gesetzt. In so einem Umfeld kann nicht von der
Substanz gelebt werden. Es gilt, eine Zukunftsstrategie zu formulieren,
die nötigen Investitionen zu tätigen und Mitarbeiter bei Veränderungen*

mitzunehmen. [...]

An diesem Punkt sind wir schneller angekommen als erwartet. Wir haben steigende Defizitausgleiche, Fachkräftemangel, schwierige Personalgewinnung, geringe Attraktivität kleiner Kliniken für Assistenzärzte und hohe Aufwendungen für Leiharbeitnehmer.

Eine Zentralklinik kann einige dieser Probleme lindern. Auch werden neue Leistungen möglich; eine Geburtshilfe oder Schlaganfallbehandlung. Das fehlte bislang. Schmerzlich. Dem Grundsatzbeschluss stimmen wir daher zu. Wir dürfen aber auch nicht vergessen: bei allen Vorteilen gibt es bei der Aufgabe von bewährten Standorten auch Nachteile. Welche Entfernungen müssen bei Anfahrten von Patienten und Angehörigen wahrgenommen werden? Ist das für diese erreichbar und bezahlbar? Was wird überhaupt gewünscht?

Die Antworten darauf lassen sich nicht nur in Studien herausfinden. Fragen sollten wir auch den Taxifahrer, die Empfangskraft oder den Masseur. Die können sagen, wo der Schuh wirklich drückt.

Wir wollen diesen Prozess mit maximaler Transparenz mitgestalten. Dabei denken WIR übrigens nicht als erstes an den offenen Blick in die Behandlungszimmer eines gläsernen Krankenhauses.

Im Juli wurde unsere Antrag für eine digitale Bürgerbeteiligungsplattform abgelehnt. Genau die hätte einer Vielzahl von Bürgern ermöglicht, sich auch bei diesem Thema einzubringen.

Anträge der Fraktionen

Auf der heutigen Tagesordnung befinden sich mehrere Anträge der Fraktionen mit den Hintergründen Klimanotstand, Biolandbau, Energiepolitik.

Da spielen bundespolitische Themen rein. Mit Blick auf unseren Landkreis frage ich mich, ob es nicht auch angebracht wäre, sich mit den Bauern zu beschäftigen, die mit ihren Treckern in ihrer Not bis nach Berlin fahren oder mit den Auswirkungen erstgenannter Themen auf die Automobilzulieferer in unserem Landkreis. Oder mit Arbeitnehmern, die wegfallende Arbeitsplätze mit mehr Flexibilität, also mehr Mobilität kompensieren müssen.

Zu den einzelnen Anträgen:

Antrag der Freien Wählergemeinschaft zur Wasserstoffstrategie

Wir begrüßen, daß der Fokus immerhin auf eine weitere Technologie gelegt wird. Die batteriebetriebene Elektromobilität wird zwar politisch viel gehypt aber nur schleppend genutzt. Wir tragen den gegenwärtigen Beschlussverslag mit, solange deutlich bleibt: die Aufgabe des Staates ist es nicht, Zukunftstechnologien per Mehrheitsentscheid festzulegen. Es kann in einer regionalen Strategie nur darum gehen, Voraussetzungen zu schaffen und ergebnisoffen Innovationen zu unterstützen.

Der zweite Teil des Antrages, die Schaffung einer Energieagentur, wurde glücklicherweise zurückgenommen. Es gibt bereits jetzt unzählige Beratungs- und Förderangebote. Einen zusätzlichen Wasserkopf von staatlichen Beratungskräften brauchen wir nicht. Zukunftstechnologien werden in privaten Unternehmen von Ingenieuren entwickelt und von Kaufleuten vertrieben.

Antrag der Grünen zum Biolandbau

„Frische und gesunde Lebensmittel“ wollen wir alle. Sie müssen aber nicht zwingend ausschließlich aus dem Ökolandbau kommen. Wir vertrauen auch auf die konventionelle Landwirtschaft. Wir lehnen daher die einseitige Förderung eines Wirtschaftszweiges durch eine umfangreiches Maßnahmenpaket ab. Auch den Aufbau umfangreicher Berichtstrukturen mit

personellen Aufwand lehnen wir ab. Jede unnötige staatliche Aktivität schlägt irgendwann bis zum Bürger durch. Dann können sich immer weniger Bürger frische und gesunde Lebensmittel leisten. Bis auf eine einmalige Information lehnen wir daher alle Punkte dieses Antrages ab.

Antrag der Grünen zum Klimanotstand

Es ist soweit: der „Klimanotstand“ ist im Landkreis angekommen. Im Antrag schreiben Sie, der Begriff sei symbolisch. Das beruhigt. Leider nur ein bißchen. **„Ruft der Staat den Notstand aus, dann geht dies einher mit der Einschränkung der Demokratie und der individuellen Grundrechte“** äußerte der FDP-Politiker Frank Schäffler.

Landauf, landab wird in allerlei Beschlüssen nun auf kommunaler Ebene der Klimanotstand rein symbolisch ausgerufen. Was bewirkt das? Rein symbolisch: auf youtube finden Sie unter dem Titel [Ist SUV heilbar? Fridays for Future in Hamburg](#) einen Kurzfilm, wo ein Mann mit seinem Geländewagen unter die Fridays-For-Future- Bewegung gelangt ist. Er ist eingekesselt von johlenden grölenden Menschen, sie posieren mit Schildern vor dem Geländewagen, machen Bilder. **Das ist die moderne Version vom mittelalterlichen Pranger.** Es mag gute Gründe geben für Umwelt- und Naturschutz zu demonstrieren. Bei Jenen, die glauben, ein Klimanotstand ermächtigt sie dazu, ihre Mitbürger zu drangsalieren, kann ich nur einen Geistesnotstand feststellen. Wie die Ausrufung eines Notstandes auf manche Menschen hier im Kreis wirken kann, die neben Klimaprotesten schon damit beschäftigt sind, Dosen mit Bildern ihrer Gegner zu versehen, und ihren primitiven Hass darin abreagieren, diese dann mit Bällen oder Steinen abzuballern, will ich gar nicht wissen. Meine Sorge gilt dem Erhalt der bürgerlichen Freiheiten.

Im Leitbild unseres Kreises heißt es: Wir gehen Nachhaltig mit den Ressourcen Natur und Umwelt um. Das ist wichtig und richtig. Wir gehen

auch keiner Information und Diskussion aus dem Weg und freuen uns auf eine Vertiefung im Rahmen einer Fachtagung im Sinne des übriggebliebenen Beschlussvorschlages. Einen erklärten Notstand brauchen wir aber nicht!

Was bleibt übrig: Der Haushalt, die großen Zahlen ganz zum Schluss.

„Volle Kassen beim Landkreis“ hieß es vor kurzem in der Kreiszeitung. Die Schuldenentwicklung kennt seit langem nur eine Richtung. Vom einem Höchststand der Pro-kopf-verschuldung in 2004 werden wir nach dem derzeitigen Stand 2023 bei gut einem Zehntel ankommen.

Ständige Mehraufwendungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Schulen, Liegenschaften konnten aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung auf der Einnahmenseite kompensiert werden. Der Haushalt 2020 ist ausgeglichen, die Kreisumlage kann gesenkt werden. Einige von uns kritisierte Freiwillige Leistungen infolge der auch aus Sicht ehemaliger Verfassungsrichter rechtswidrigen Flüchtlingspolitik seit 2015 sind ausgelaufen. Zum Investitionsprogramm können wir stehen. Das Kreisstraßenbauprogramm, Schulen, Baumaßnahmen, die Unterstützung der Kliniken, Bevölkerungsschutz und der Breitbandausbau: Nichts erscheint verzichtbar. Problematisch erscheint der Trend zu immer mehr Personal. Dennoch: Diesem Haushalt können wir insgesamt zustimmen. Wir bedanken uns bei Allen, die an seiner Erstellung beteiligt waren.

Eine Frage stellt sich mir dennoch: Ist wirklich alles so blendend? Beschäftigt man sich mit den Rahmenbedingungen, sieht die Welt anders aus. Die Europäische Zentralbank ist inzwischen zu Negativzinsen übergegangen. Die Geschäftsmodelle der Unternehmen werden umgepflügt. Die Einschläge kommen näher, auch im Landkreis. Noch reden wir von recht harmlosen Kündigungen von Prämiensparverträgen durch die Sparkassen. Langfristig ist deren Geschäftsmodell durch die EZB-Politik bedroht. Andernorts werden schon Negativzinsen für Privatkunden eingeführt. Negativzinsen dürfte es gar

nicht geben. Wie können Unternehmer noch Investitionen kalkulieren? Preis und Zins sind die Grundlage für rationale Entscheidungen. Zu welchen Entscheidungen führen manipulierte Minuszinsen und in der Folge manipulierte Preise? Das geht an die Grundlage unseres Wirtschaftssystems.

Gleichzeitig wird bundesweit auch im Namen des Klimaschutzes mit der Axt auf Industriezweige losgegangen, die auch im Kreis zu den wichtigen Steuerzahlern zählen. „Kühe sind nicht Lila und Gemüse wächst nicht im Supermarkt.“ hieß es in einem der Anträge der Grünen. Das stimmt. Es gilt aber auch: **Wohlstand kommt nicht aus der Gelddruckerei der EZB sondern entstammt der Produktivität der Unternehmen und der Arbeitnehmer.**

Fallen diese Grundlagen weg, können sich die bislang positiven Aussichten für unseren Kreis ganz schnell ändern. Was dann? Notbremse? Schubumkehr? Denken Sie beizeiten einmal darüber nach.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen Allen schon jetzt frohe Weihnachten und ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2020 mit vielen interessanten und sachlichen Diskussionen, die unseren Kreis Stück für Stück voranbringen.

Ich danke darüber hinaus allen, die sich in unserem Kreis und für unseren Kreis einsetzen.